

Statement bei der Pressekonferenz der GEW Baden-Württemberg „Erzieher/innen verdienen mehr“

Sehr geehrte Damen und Herren,

für unsere heutige Pressekonferenz, die unter dem Motto „Erzieher/innen verdienen mehr“ steht, gibt es drei Motive:

1. In diesen Tagen beginnen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Tarifbereich des TVöD; im Organisationsbereich der GEW sind davon insbesondere die Erzieherinnen betroffen.
2. Bei der Einführung des TVöD wurde ein Problem noch nicht gelöst, nämlich die Eingruppierung der Beschäftigten in die entsprechenden Entgeltgruppen.
3. Am 1. Januar 2008 hat die Stadt Heilbronn als erste Großstadt in Baden-Württemberg die Gebühren für Kindertageseinrichtungen abgeschafft – ich vermute, dass weitere Städte und Gemeinden folgen werden. Dieser Beschluss des Heilbronner Gemeinderats wird von der GEW ausdrücklich begrüßt. Ich will aber genauso unmissverständlich hinzufügen, dass zur Erhöhung der Akzeptanz und zur Verbesserung der Arbeit in Kindertageseinrichtungen nicht nur Gebührenfreiheit, sondern auch die bessere Ausbildung und Bezahlung von Erzieherinnen unverzichtbar sind.

Vor allem aber darf die Einführung der Gebührenfreiheit nicht dazu missbraucht werden, die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen weiter zu verschlechtern.

Ich will mich im Folgenden auf drei Aspekte konzentrieren; mein Kollege Alfred Uhing, Geschäftsführer des GEW-Bezirks Nordbaden und Tarifexperte der GEW, sowie die Kollegin Stephanie Knorpp als betroffene Erzieherin werden meine Aussagen dann ergänzen.

1. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GEW und GdP fordern für die anstehende Tarifrunde eine Erhöhung der Vergütungen um 8 %. Angesichts der Entwicklung der Steuereinnahmen, aber auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Beschäftigten in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Umstellung von BAT auf TVöD durch Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld, durch Arbeitszeiterhöhungen und aufgrund minimaler prozentualer Steigerungen unterm Strich Einkommenseinbußen haben hinnehmen müssen, ist diese Forderung nicht nur gerechtfertigt, sondern auch maßvoll.

Denn die lineare Erhöhung der Einkommen steht deshalb absolut im Mittelpunkt dieser Tarifrunde. Es kann nicht sein – und niemand kann daran ein Interesse haben – dass der öffentliche Dienst noch weiter von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt wird.

2. Niemand bestreitet mittlerweile, dass Erzieherinnen nicht nur eine wichtige und für die Gesellschaft unverzichtbare Aufgabe wahrnehmen und sich ihre Tätigkeit in den letzten Jahren erheblich verändert hat und qualitativ sehr viel anspruchsvoller geworden ist.

Kindertageseinrichtungen sind Bildungs- und schon lange keine Betreuungseinrichtungen oder gar Aufbewahrungsanstalten mehr. Die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen hat sich grundlegend gewandelt: Sprachförderung, Bildungsbuch, Orientierungsrahmen sind nur einige Stichworte dafür, welche anspruchsvollen Aufgaben in den Kitas bewältigt werden müssen.

Eltern und Gesellschaft erwarten zu Recht, dass die Kindertagesstätten und demzufolge die Erzieherinnen diesem Bildungs-

auftrag in vollem Umfang gerecht werden.

Umso verwunderlicher ist es, dass die hohe Qualität der Arbeit bei der Wertschätzung und Bezahlung von Erzieherinnen keinen ausreichenden Niederschlag findet.

Die Frage der Eingruppierung der Erzieherin ist alles andere als klar. Die Verhandlungen der nächsten Monate lassen befürchten, dass die öffentlichen Arbeitgeber eine Eingruppierung von Erzieherinnen in Entgeltgruppe 6 des TVöD wollen – diese Eingruppierung bedeutete für die Betroffenen einen finanziellen Absturz.

Die GEW fordert daher die Eingruppierung mindestens in Entgeltgruppe 8 mit der Möglichkeit des Aufstiegs mindestens nach Entgeltgruppe 9 und 10.

Mit dieser Forderung finden wir uns in guter Gesellschaft. In der DVD mit dem Titel „Traumjob Erzieherin“, die sie in Ihren Unterlagen finden, äußern sich Bundesfamilienministerin von der Leyen, Landesbischöfin Käßmann und Direktor Kluge von der Firma McKinsey eindeutig und verlangen eine bessere Bezahlung von Erzieherinnen. Alle drei stehen im Übrigen nicht in dem Verdacht, GEW-Aktivisten zu sein.

Eine angemessene Eingruppierung bietet zudem die Chance, dass der Beruf des Erziehers/der Erzieherin attraktiver wird und dass in Zukunft wenigstens einige Männer diesen Beruf ergreifen.

Dass die betroffenen Erzieherinnen hinter dieser Forderung stehen, belegt die Tatsache, dass über 3.000 in kürzester Zeit die Resolution „Unsere Arbeit ist mehr wert“ unterschrieben haben.

3. Obwohl Deutschland mit seiner Erzieherinnenausbildung international mittlerweile ziemlich isoliert ist, stellen sich die Politikerinnen und Politiker bei der Forderung nach einer

Reform der Erzieherinnenausbildung nach wie vor taub. Es gibt zwar auch in Baden-Württemberg zaghafte Ansätze von Studiengängen an Pädagogischen Hochschulen oder Fachhochschulen, von einer flächendeckenden Reform der Erzieherinnenausbildung kann nach wie vor keine Rede sein.

Ganz im Gegenteil: Die Landesregierung und insbesondere Kultusminister Rau halten krampfhaft an der bisherigen Ausbildung fest und begnügen sich allenfalls mit kosmetischen Korrekturen.

Dass die bisherige Ausbildung nicht mehr ausreicht, zeigt sich auch an dem hohen Fortbildungsbedarf und der hohen Fortbildungsbereitschaft der Erzieherinnen. Sie wissen sehr wohl, dass neue Aufgaben nur durch ausreichende Qualifikation bewältigt werden können.

Leider ist es aber so, dass sich zusätzliche Qualifikation bis jetzt nicht in besserer Bezahlung niederschlägt.

Zusammenfassend: In den kommenden Monaten geht es für die GEW darum, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, welche qualitativ gute und anspruchsvolle Arbeit Erzieherinnen Tag für Tag leisten, und dafür zu sorgen, dass diese Arbeit gesellschaftlich stärker anerkannt und auch entsprechend ordentlich bezahlt wird.